

Automatischer Informationsaustausch (AIA)

LBV, Dezember 2023

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich zahlreiche Staaten, darunter alle wichtigen Finanzzentren und Liechtenstein, dazu bekannt, den neuen OECD-Standard für Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen, den sogenannten «Automatischen Informationsaustausch» (AIA), einzuführen.

Mit der Ratifikation des Amtshilfeübereinkommens im Jahr 2016 hat Liechtenstein die Grundlage für die Umsetzung des AIA über eine multilaterale Vereinbarung geschaffen. Im Rahmen des AIA sind Finanzinstitute in Ländern, welche aufgrund eines bi- oder multilateralen Abkommens der Anwendung des AIA mit anderen Ländern zugestimmt haben (sogenannte AIA-Partnerstaaten), verpflichtet, ihren nationalen Steuerbehörden Informationen über ihre ausländischen Kunden und deren Finanzkonten zu liefern. Diese Daten werden in weiterer Folge mit den Steuerbehörden anderer Länder ausgetauscht. Massgebend für den AIA sind für Liechtenstein erstmals die Finanzinformationen des Steuerjahres 2016. Der erste effektive automatische Austausch meldepflichtiger Daten erfolgte im Jahr 2017.

Mit diesem Factsheet möchten wir Sie über die Eckpunkte des OECD-Standards informieren und aufzeigen, wie Sie als allenfalls meldepflichtige Person einer liechtensteinischen Bank betroffen sind und welche Rechte Ihnen diesbezüglich zustehen. Länderspezifische Details finden Sie auf der OECD-Website unter www.oecd.org/tax/automatic-exchange/crs-implementation-and-assistance/tax-identification-numbers

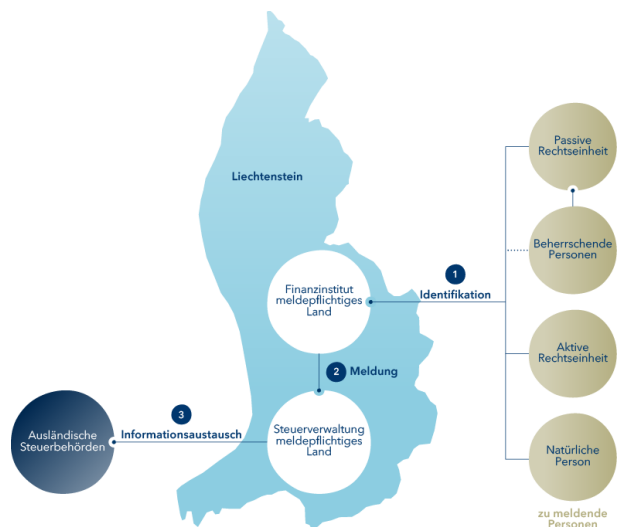
Wie funktioniert der AIA?

Im Rahmen des AIA sind Finanzinstitute in Ländern, welche aufgrund eines bi- oder multilateralen Abkommens der Anwendung des AIA mit anderen Ländern zugestimmt haben (sog. AIA-Partnerstaaten), verpflichtet, ihren nationalen Steuerbehörden Informationen über ihre Kunden mit steuerlicher Ansässigkeit in den jeweiligen AIA-Partnerstaaten und deren Finanzkonten zu liefern. Nach Erhalt dieser Daten tauscht die nationale Steuerbehörde diese Daten mit den Steuerbehörden anderer AIA-Partnerstaaten aus. Auf diesem Wege erhalten ausländische Steuerbehörden Informationen, um auch bei Steuerpflichtigen mit Vermögenswerten ausserhalb der eigenen Landesgrenzen die Erfüllung der Steuerpflicht prüfen und verifizieren zu können.

Im Gegensatz zu anderen Modellen bleibt beim AIA die Verantwortung für die Einhaltung aller relevanten Gesetze im Zusammenhang mit einer persönlichen Steuerpflichtung beim Steuerpflichtigen selbst bzw. sind für die Erhebung der Steuern ausschliesslich die Steuerbehörden im Ansässigkeitsstaat des Steuerpflichtigen zuständig. Weder der ausländische Staat noch die Finanzinstitute

werden verpflichtet, Steuern festzusetzen oder gar einzubehalten.

Bildlich lässt sich die Funktionsweise des AIA für in Liechtenstein verbuchte Vermögenswerte wie folgt zusammenfassen:



1. FL-Finanzinstitute identifizieren die zu meldenden Personen sowie ihre Konten und erfassen die erforderlichen Informationen.
2. FL-Finanzinstitute melden die aufgrund des AIA-Gesetzes erforderlichen Daten (Kunden- und Finanzdaten) an die lokale Steuerverwaltung.
3. FL-Steuerverwaltung übermittelt die relevanten Steuerdaten an die zuständigen ausländischen Steuerbehörden der Partnerstaaten.

Was hat zum globalen Standard für den AIA geführt?

Der OECD-Standard für den AIA ist als globaler Standard ausgestaltet. Die Mitgliedsländer der G20, der OECD sowie weitere wichtige Staaten haben sich dazu bekannt, auf Basis des AIA in naher Zukunft sämtliche für die Sicherstellung der Besteuerung relevanten Informationen über Finanzkonten auszutauschen. Mit Hilfe dieses neuen globalen Standards für den AIA soll die grenzüberschreitende Steuerhinterziehung verhindert werden.

Durch die globale Umsetzung eines einheitlichen Standards soll vermieden werden, dass ein Flickenteppich aus verschiedenen Modellen entsteht, welcher widersprüchliche Anforderungen und Unsicherheit für die Betroffenen mit sich bringen könnte. Zwecks Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen sollen die Finanzinstitute flächendeckend dieselben Regeln anwenden (z. B. bei der Identifikation von meldepflichtigen Personen). Diese Gleichbehandlung widerspiegelt sich auch darin, dass der

OECD-Standard grundsätzlich Reziprozität vorsieht, d. h. sämtliche am AIA teilnehmenden Länder erheben und tauschen die Informationen nach den gleichen Vorgaben und gegenseitig aus.

Weitere zentrale Elemente des globalen Standards sind die Einhaltung des Spezialitätsprinzips, d. h. die Informationen dürfen nicht für andere als die vorgesehenen (Steuer-)Zwecke verwendet werden. Entsprechende Regeln sollen ferner einen ausreichenden juristischen und technischen Datenschutz gewährleisten. Wer ist vom AIA betroffen und welche Pflichten bestehen?

Im Rahmen des AIA sind liechtensteinische Finanzinstitute verpflichtet, Informationen über diejenigen Kunden zu melden, welche in einem anderen AIA-Partnerstaat steuerlich ansässig sind. Die meldepflichtigen Konten umfassen Konten von natürlichen Personen und Rechtsträgern, unabhängig von ihrer rechtlichen Ausgestaltung (einschliesslich Trusts und Stiftungen, welche nicht selbst als Finanzinstitute gelten), wobei der Standard auch die Pflicht zur Prüfung der sog. passiven Rechtsträger und die Meldung der natürlichen Personen, die über einen kontrollierenden Einfluss über diese Rechtsträger verfügen, beinhaltet. Sofern Rechtsträger selbst als Finanzinstitut qualifizieren, müssen diese die entsprechenden Meldepflichten in eigener Verantwortung wahrnehmen.

Mit welchen Ländern wird Liechtenstein Daten austauschen?

Liechtenstein und die EU-Kommission haben am 28. Oktober 2015 ein Abkommen über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten unterzeichnet, welches am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist. Liechtenstein tauschte somit im Jahr 2017 mit den 28 EU-Mitgliedstaaten erstmals automatisch Daten in Bezug auf das Steuerjahr 2016 aus (Ausnahme: Mit Österreich findet der Datenaustausch erst für das Steuerjahr 2017 beginnend ab 1. Januar 2017 im Jahr 2018 statt).

Die Grundlage für den Austausch mit weiteren Staaten bildet das Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (MAK) und die multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (MCAA) D. h. im Rahmen des AIA sind Finanzinstitute in Ländern, welche aufgrund eines bi- oder multilateralen Abkommens der Anwendung des AIA mit anderen Ländern zugestimmt haben (sogenannte AIA-Partnerstaaten), verpflichtet, ihren nationalen Steuerbehörden Informationen über ihre ausländischen Kunden und deren Finanzkonten zu liefern.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass die AIA-Partnerstaatenliste Liechtensteins laufend erweitert werden kann.

Eine Liste der definitiven AIA-Partnerstaaten Liechtensteins ist in der AIA-Verordnung Liechtenstein festgehalten und kann unter folgendem Link eingesehen werden: <https://www.gesetze.li/konso/2015358000> (nur auf Deutsch verfügbar).

Unterschied Anwendbarkeitsjahr und erste Meldeperiode

Das Anwendbarkeitsjahr gibt das Jahr an, ab welchem der AIA zwischen Liechtenstein und dem jeweiligen Partnerstaat Anwendung findet. Die erste Meldeperiode weist hingegen aus, für welches Jahr die liechtensteinische Steuerverwaltung erstmalig Daten mit dem entsprechenden Partnerstaat ausgetauscht hat. In der Regel stimmt das Anwendbarkeitsjahr mit dem Jahr der ersten Meldeperiode überein. Es können aber Abweichungen bestehen. Diese Abweichungen werden in der AIA-Verordnung mittels Fussnoten angegeben.

Unterschied teilnehmende und nicht-teilnehmende Staaten

Gemäss den Vorgaben des OECD Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes können nur jene Staaten als teilnehmende Staaten gelten, mit denen das MCAA als abkommensrechtliche Grundlage für AIA wirksam ist. Partnerstaaten bei denen dies nicht zutrifft gelten als nicht-teilnehmende Staaten. Das hat zur Folge, dass in einem nicht-teilnehmenden Staat ansässige Investmentunternehmen im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Ziff. 10 Bst. b des AIA Gesetzes als passiver NFE gelten. Als Konsequenz sind die beherrschenden Personen derartiger Rechtsträger seitens der meldenden liechtensteinischen Finanzinstitute zu identifizieren und gegebenenfalls zu melden.

Unterschied reziproker und nicht-reziproker Partnerstaat

Ein reziproker Partnerstaat übermittelt und empfängt Daten unter dem AIA. Im Rahmen des AIA ist es möglich, dass sich teilnehmende Staaten als «nicht-reziproke Jurisdiktionen (Partnerstaaten)» erklären. Ein nicht-reziproker Partnerstaat sendet Daten unter dem AIA, hat allerdings darauf verzichtet Informationen zu empfangen. Dementsprechend wird Liechtenstein keine AIA-Meldungen an solche «nicht-reziproke Jurisdiktionen» vornehmen.

Welche Daten werden unter dem AIA ausgetauscht?

Gestützt auf den OECD-Standard müssen Finanzinstitute jährlich nachfolgende Informationen an die nationalen Steuerbehörden melden:

- Name, Anschrift, steuerliche(r) Ansässigkeitsstaat(en), Steueridentifikationsnummer(n) sowie Geburtsdatum (bei natürlichen Personen) jeder meldepflichtigen Person, die Inhaber des Kontos ist, sowie bei einem Rechtsträger, der Kontoinhaber ist, Name, Anschrift, steuerliche(r) Ansässigkeitsstaat(en) und Steueridentifikationsnummer(n) des Rechtsträgers sowie Name, Anschrift, steuerliche(r)

Ansässigkeitsstaat(en), Steueridentifikationsnummer(n), Geburtsdatum und Rolle (sofern verfügbar) jeder meldepflichtigen beherrschenden Person;

- Kontonummer sowie Name und (gegebenenfalls) die Identifikationsnummer des meldenden Finanzinstituts;
- der Gesamtbruttoertrag der Dividenden, Zinsen und anderer Einkünfte, die mit den vorhandenen Vermögenswerten erzielt werden, der Gesamtbruttoerlös aus der Veräusserung oder dem Rückkauf von Vermögenswerten für den Zeitraum der Meldeperiode und der Gesamtsaldo oder -wert des Kontos/Depots per Ende der jeweiligen Meldeperiode

Im Zusammenhang mit den zu meldenden Finanzinformationen bitten wir Sie um Kenntnisnahme, dass in Konstellationen von mehreren natürlichen Personen als Kontoinhaber eines Gemeinschaftskontos oder bei mehreren kontrollierenden Personen eines Passiven NFE immer 100 % der Finanzinformationen für jede meldepflichtige Person gemeldet werden müssen und keine allfälligen Beteiligungsquoten berücksichtigt werden dürfen. Zudem weisen wir darauf hin, dass bei der Meldung einer beherrschenden Person ergänzend Name, Anschrift, steuerliche(r) Ansässigkeitsstaat(en) und Steueridentifikationsnummer(n) des dazugehörigen Rechtsträgers an die FL-Steuerverwaltung zur Weiterleitung an den steuerlichen Ansässigkeitsstaat der beherrschenden Person übermittelt werden. Des Weiteren ist zu beachten, dass die erhobenen und gemeldeten Informationen von den steuerlich relevanten Informationen einer meldepflichtigen Person abweichen können.

Wofür werden die auszutauschenden Informationen verwendet und werden die Daten vertraulich behandelt?

Der Datenaustausch zwischen den AIA-Partnerstaaten hat gemäss der OECD sicherzustellen, dass auch bzgl. aller bei ausländischen Banken gehaltenen Vermögenswerte und daraus resultierenden Einkünften die jeweiligen steuerlichen Pflichten der meldepflichtigen Person in deren steuerlichen Ansässigkeitsstaaten erfüllt werden können. Gemäss den Bestimmungen über die zulässige Nutzung der auszutauschenden Informationen nach Art. 15 und 16 AIA-Gesetz sind sämtliche auszutauschenden Informationen, welche die zuständige Behörde eines Partnerstaates erhält, ebenso vertraulich zu behandeln wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Partnerstaates beschafften Informationen. Somit dürfen die übermittelten Informationen grundsätzlich nur den Personen oder Behörden (einschliesslich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, mit der Entscheidung von Rechtsmitteln in Bezug auf Steuern eines Partnerstaates oder mit der Aufsicht

über diese Personen oder Behörden befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die ausgetauschten Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Eine Offenlegung der ausgetauschten Informationen im Rahmen eines öffentlichen Gerichtsverfahrens oder in einer Gerichtsentcheidung ist zulässig.

Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Staat die ausgetauschten Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht des Staates und dem liechtensteinischen Recht für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die liechtensteinische Steuerverwaltung dieser anderen Verwendung zustimmt. Die Weiterleitung von ausgetauschten Informationen an Drittstaaten ist unzulässig.

Welche Rechte stehen einer meldepflichtigen Person zu?

Nach dem liechtensteinischen AIA-Gesetz sowie dem liechtensteinischen Datenschutzgesetz (DSG) steht meldepflichtigen Personen insbesondere das Auskunftsrecht sowie das Recht auf Korrektur unrichtiger Daten zu.

Auskunftsrecht: Meldepflichtige Personen und Rechtsträger, die Kontoinhaber sind, können gegenüber dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut das Auskunftsrecht nach Art. 25 DSG betreffend die auszutauschenden Daten geltend machen. Das meldende liechtensteinische Finanzinstitut muss der betroffenen Person alle über sie vorhandenen Daten, einschliesslich der verfügbaren Angaben über die Herkunft der Daten, den Zweck und gegebenenfalls die Rechtsgrundlagen des Bearbeitens, sowie die Kategorien der bearbeiteten Personendaten, der an der Sammlung Beteiligten und der Datenempfänger mitteilen. Die Auskunft ist in der Regel schriftlich, in Form eines Ausdrucks oder einer Fotokopie zu erteilen.

Gemäss Art. 12 AIA-Gesetz können meldepflichtige Personen und Rechtsträger, die Kontoinhaber sind, das Auskunftsrecht auch gegenüber der liechtensteinischen Steuerverwaltung geltend machen.

Recht auf Berichtigung oder Löschung unrichtiger auszutauschender Daten: Einer meldepflichtigen Person und einem Rechtsträger, der Kontoinhaber ist, steht auch das Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten nach Art. 32 DSG zu. Das Recht auf Berichtigung oder Löschung unrichtiger, auszutauschender Daten ist schriftlich gegenüber dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut geltend zu machen. Dieses Recht ist zeitlich nicht eingeschränkt. Eine Berichtigung oder Löschung unrichtiger auszutauschender Informationen kann vor der Meldung an die Steuerverwaltung nach Art. 9 AIA-Gesetz nur verlangt werden, wenn dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut die notwendigen Informationen bis spätestens 30. April des Kalenderjahres, in dem eine Meldung an die Steuerverwaltung erfolgt, vorgelegt werden. Als notwendige

Informationen gelten hierbei Angaben und Dokumente gemäss den SPG-Sorgfaltspflichten oder sonstige Belege¹ wie folgt:

- Name, Anschrift, Ansässigkeitsstaat(en), Steueridentifikationsnummer(n) sowie Geburtsdatum der meldepflichtigen natürlichen Person, die Inhaber des Kontos ist
- bei einem Rechtsträger, der Kontoinhaber ist, Name, Anschrift, Ansässigkeitsstaat(en) und Steueridentifikationsnummer(n) des Rechtsträgers sowie Name, Anschrift, Ansässigkeitsstaat(en), Steueridentifikationsnummer(n) und Geburtsdatum jeder meldepflichtigen beherrschenden Person.

Soweit eine (zulässige) Datenberichtigung oder Löschung seitens des Betroffenen erst nach der erfolgten Übermittlung erfolgt bzw. durchgesetzt wird, hat jedenfalls eine nachträgliche Berichtigung (Meldung) durch das meldende Finanzinstitut zu erfolgen.

Macht eine meldepflichtige Person oder der Kontoinhaber von seinem Recht auf Berichtigung Gebrauch und kann jedoch mit dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut keine Einigung erzielt werden, so ist das meldende liechtensteinische Finanzinstitut nur im Falle einer Klage und einstweiligen Verfügung (sichernde Massnahme) zum Schutz der Persönlichkeit verpflichtet, die Informationen erst nach der Rechtskraft des Urteils über die Richtigkeit der auszutauschenden Informationen an die liechtensteinische Steuerverwaltung zu übermitteln.

Wird keine einstweilige Verfügung ausgesprochen, ist von der Richtigkeit der auszutauschenden Informationen

auszugehen, und diese sind entsprechend Art. 9 Abs. 7 AIA-Gesetz innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres an die liechtensteinische Steuerverwaltung zu übermitteln und von dieser nach Art. 14 AIA-Gesetz an die zuständige Behörde des jeweiligen Partnerstaates weiterzuleiten.

Macht eine meldepflichtige Person oder ein meldepflichtiger Kontoinhaber von seinem Recht auf Berichtigung oder Löschung Gebrauch und kann jedoch mit der liechtensteinischen Steuerverwaltung keine Einigung erzielt werden, so ist die liechtensteinische Steuerverwaltung nur im Falle einer Klage und einstweiligen Verfügung (sichernde Massnahme) zum Schutz der Persönlichkeit verpflichtet, erst nach der Rechtskraft des Urteils über die Richtigkeit der auszutauschenden Informationen die Informationen an den Partnerstaat zu übermitteln.

Wird keine einstweilige Verfügung ausgesprochen, ist von der Richtigkeit der auszutauschenden Informationen auszugehen, und diese sind entsprechend Art. 14 Abs. 1 AIA-Gesetz innerhalb der im anwendbaren Abkommen festgelegten Fristen an die zuständige Behörde des jeweiligen Partnerstaates weiterzuleiten.

Kein Recht besteht hingegen, die Rechtmässigkeit der Weiterleitung der Informationen ins Ausland prüfen zu lassen oder die Sperrung einer widerrechtlichen Weiterleitung bzw. die Vernichtung von Daten zu verlangen, welche ohne ausreichende gesetzliche Grundlage bearbeitet wurden.

¹ Als sonstige Belege gelten insbesondere folgende Dokumente:

a) eine Ansässigkeitsbescheinigung, ausgestellt von einer autorisierten staatlichen Stelle
 b) ein von einer autorisierten staatlichen Stelle ausgestellter gültiger Ausweis, der den Namen der natürlichen Person enthält und normalerweise zur Feststellung der Identität verwendet wird

c) ein von einer autorisierten staatlichen Stelle ausgestelltes amtliches Dokument, das den Namen des Rechtsträgers enthält, sowie entweder die Anschrift seines Hauptsitzes in dem Staat, in dem er ansässig zu sein behauptet, oder dem Staat, in dem der Rechtsträger gegründet wurde
 d) ein geprüfter Jahresabschluss, eine Kreditauskunft eines Dritten, ein Insolvenzantrag oder ein Bericht der Börsenaufsichtsbehörde.